

Grosser Gemeinderat, Vorlage

Nr. 1650.3

# Jahresrechnung und Verwaltungsbericht 2001

**Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 27. Mai 2002**

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Namens und im Auftrag der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Gemeinderates der Stadt Zug erstatte ich Ihnen in obenerwähnter Sache bzw. Angelegenheit gemäss den §§ 13 und 20 GSO nachfolgenden Bericht:

## 1. Ausgangslage

Die Laufende Rechnung 2001 der Einwohnergemeinde Zug schliesst bei einem Aufwand (inklusive Abschreibungen und interne Verrechnungen) von CHF 176'698'895.- und einem Ertrag von CHF 190'120'275.- mit einem Überschuss von CHF 13'421'380.-. Damit liegt für das Jahr 2001 wiederum ein sehr gutes Ergebnis vor, wurde doch ein Defizit von CHF 528'540.- veranschlagt.

Die Investitionsrechnung des Jahres 2001 weist Ausgaben von CHF 42'213'789.- und Einnahmen von CHF 5'869'785.- auf. Daraus ergeben sich für die Stadt Zug im vergangenen Jahr Nettoinvestitionen von CHF 36'344'004.-, die rund CHF 3.2 Mio. unter dem Wert von 2000 und mit rund 6.6 Mio. hinter dem Budget zurückliegen.

Wie üblich liegen uns auch dieses Jahr als Vorlage Nr. 1650 der Verwaltungsbericht und die Rechnung 2001 vor. Wiederum hat der Stadtrat an alle Haushalte eine Kurzfassung des Verwaltungsberichtes, der die wichtigsten Zahlen der Jahresrechnung sowie Berichte über die Geschäftstätigkeit der sechs städtischen Verwaltungsdepartemente enthält, verschickt.

Unter dem Vorsitz von Franz Dörflinger beantragt die Rechnungsprüfungskommission (RPK), die sich mit der eigentlichen Prüfung der Jahresrechnung (Bestandesrechnung, Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) auseinandersetzte (vgl. §§ 94 – 96 sowie 118 des Gemeindegesetzes bzw. § 24 Abs. 2 der Gemeindeordnung) dem GGR mit Bericht und Antrag Nr. 1650.1 vom 14. Mai 2002 unter anderem, die Rechnung der Einwohnergemeinde Zug für das Jahr 2001 zu genehmigen.

Mit separat vorliegendem Beschlussesentwurf beantragt der Stadtrat dem GGR, die Jahresrechnung und den Verwaltungsbericht 2001 zu genehmigen. Zusätzlich soll der GGR die Abrechnungen der in der Jahresrechnung auf Seite 65 aufgeführten sieben

Verpflichtungskredite mit einem Gesamtkredit von CHF 24'772'473.90 und mit Bruttoaufwendungen von CHF 24'783'494.65 genehmigen.

## **2. Ablauf der Kommissionsarbeit**

Wie üblich hat bereits vor der eigentlichen Jahresrechnungs-Sitzung je ein GPK Mitglied die einzelnen Verwaltungsdepartemente bezüglich Rechnungsablage, Verwaltungsbericht und Departementszielen genauer unter die Lupe genommen.

Im Rahmen der üblichen Ganztagesitzung behandelte unsere Kommission am Montag 27. Mai 2002 in Vollbesetzung die Vorlage Nr. 1650 (für die Schlussabstimmung waren sechs GPK Mitglieder zugegen). Mit Ausnahme von 10.00 bis 12.00 Uhr war der Stadt- und Finanzpräsident Christoph Luchsinger immer anwesend. Ganztägig wohnte der städtische Finanzsekretär Josef Pfulg unserer Sitzung bei. Die einzelnen Departementsvorsteher (mit Ausnahme von Stadtrat Eusebius Spescha, der krankheitsbedingt fehlte sowie Stadtrat Toni Gügler, der aus bekannten Gründen abwesend war) bzw. die Bildungspräsidentin waren jeweils bei der Behandlung ihres Departements für rund eine Stunde anwesend, meist begleitet von Departementsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern.

Eintreten auf das Geschäft war unbestritten, d.h. es wurde auf entsprechende Nachfrage des Präsidenten kein Antrag auf Nichteintreten gestellt.

Wie in den Jahren zuvor befasste sich die GPK zuerst mit einer allgemeinen finanzpolitischen Betrachtung bzw. mit den Hauptzahlen der Rechnung 2001, bevor der Präsident der RPK, Franz Dörflinger, Red und Antwort stand. Danach folgte eine departementsweise Beratung.

Fast alle Fragen konnten an Ort und Stelle beantwortet werden, oder es wurde deren Beantwortung im Rahmen der Protokollausfertigung versprochen.

Im Rahmen der getrennt durchgeführten Abstimmungen zu den zwei ersten Ziffern des uns unterbreiteten Beschlussesentwurfes unterstützt unsere Kommission:

- mit 6:0 Stimmen die Genehmigung der Jahresrechnung und des Verwaltungsberichts 2001
- mit 5:1 Stimmen die Abrechnungen der in der Jahresrechnung auf Seite 65 aufgeführten sieben Verpflichtungskredite mit einer Gesamtsumme von CHF 24'772'473.90.

### 3. Wichtigste Diskussionspunkte und Erwägungen der Kommission

#### A) Allgemeines zum Jahresabschluss der Stadt Zug per 31. Dezember 2001/Finanzpolitik

Einleitend erläutert Stadt- und Finanzpräsident Christoph Luchsinger, dass das Jahr 2001 ein Jahr der Fertigstellung verschiedener Gross-Projekte war. Namentlich führt Christoph Luchsinger auf

- die Sporthalle Zug
- das Seeufer
- der Hafen (ohne das ehemalige „Chaos“ oder heutige „Podium 41“)
- das Schulhaus Riedmatt
- das Altersheim Neustadt sowie
- die Sanierung des Schulhauses Loreto

Das Jahr 2001 war aber auch ein Jahr grundlegend administrativer und faktischer Umstrukturierung. Das Stichwort hierzu ist die Stadtpolizei, die ohne Störungen in die Zuger Polizei integriert worden ist.

Aus bekannten Gründen war das vierte Quartal 2001 ein Abschnitt von Höchstleistungen und Spezial-Aufgaben seitens der Verwaltung.

Aus Sicht der Finanzen weist Christoph Luchsinger darauf hin, dass letztes Jahr die Hoch-Investitions-Phase weitergeführt worden ist, was sich vor allem in den weiterhin hohen Bruttoinvestitionen manifestiert. Wesentliche Investitionen in die Infrastruktur konnten, wie oben erwähnt, abgeschlossen werden. Weitere Aufgaben stehen aber noch an.

Mit einem Eigenfinanzierungsgrad von 75% liegt man genau auf dem vom Stadtrat selber bestimmten fünf-jahres Mittelwert.

Die „neue Schiene“ im Bereich der Liegenschaftspolitik, auf die man seitens des Stadtrates einspuren möchte, wurde mit dem Verkauf der Parzelle „Waldheim“ gelegt.

Mit Hinweis auf die hängige Interpellation betreffend „latenter Risiken“ weist Christoph Luchsinger darauf hin, dass der Stadtrat zusammen mit seinem Rechtsdienst der RPK alle möglichen Kostenfolgen aus Rechtsstreitigkeiten offengelegt hat und diese auch im Anhang zum Erläuterungsbericht der ATAG Ernst & Young aufgeführt sind.

Finanzsekretär Josef Pfulg ergänzt, dass seit längerer Zeit zum ersten Mal wieder die juristischen die natürlichen Personen, die eigentlichen grossen Konsumenten der Öffentlichen Verwaltung, bei den Steuererträgen überholt haben.

Ein GPK Mitglied fragt die anwesenden Finanzexperten der Stadt an, wie es mit der Vorlage bezüglich neuem Finanzausgleich steht. Stadtpräsident Luchsinger erklärt, dass eine solche Vorlage noch weit entfernt ist. Ein Problem, das auch den interkantonalen Finanzausgleich blockiert, ist die immer noch hängige neue Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden. Dazu hat sich der Kanton so geäussert, dass er zuerst abwarten will, was der neue Finanzausgleich bringt. Im Sinne einer vorausschauenden Fi-

nanzpolitik ist aber eine kluge Aufgabenteilung Kanton – Gemeinden ein absolutes Muss, um in Zukunft agieren und nicht nur reagieren zu können.

Bezüglich latenter Kosten und stillen Reserven im Sinne einer „gläsernen“ Bilanz hat die GPK den Wunsch, dass vor der Rechnungssitzung zukünftig noch detailliertere Informationen ausgetauscht werden. Das Vorgehen für die nächste Rechnungssitzung wird in einer Aussprache mit dem RPK Präsidenten Franz Dörflinger, dem Controller Marcel Grepper, dem Finanzsekretär Josef Pfulg und dem GPK Präsidenten diskutiert.

Allgemein freut sich die GPK mit dem Stadtrat über ein weiteres, mit CHF 13.4 Mio. Ertragsüberschuss sehr gutes Rechnungsergebnis. Erfreulich ist auch die Tatsache, dass man mit rund CHF 1.3 Mio. unter den budgetierten Ausgaben von CHF 177.98 Mio. geblieben ist. Mit einem um CHF 4 Mio. höheren Finanzvermögen, das auf einen Stand von CHF 103.04 Mio. angewachsen ist und einem Fremdkapital von CHF 65.8 Mio. (Zunahme durch Aufnahme eines Darlehens über CHF 14.9 Mio.) ist die Stadt Zug gut gebettet.

Das städtische Eigenkapital ist zudem mit CHF 198.92 Mio. unverändert auf einem hohen Niveau.

## **B) Bericht der Rechnungsprüfungskommission der Stadt Zug (RPK)**

Der RPK Präsident Franz Dörflinger berichtet uns einleitend einmal mehr vom guten bis sehr guten Kontakt, den die Mitglieder seiner Kommission zu den verantwortlichen Personen der Stadt haben. Durchs Band wurde bestens informiert und es zeigte sich, dass die Departemente auch bestens dokumentiert sind.

In der Erläuterung seines Berichts geht Herr Dörflinger auf kleinere Probleme oder Verfehlungen in den Departementen ein.

Eine Bemerkung von Herr Dörflinger, die uns alle zu denken gibt, betrifft die Ausgabensteigerung pro Schulkind in unserer Stadt. 1998 wurden für damals 2'000 Kinder CHF 41.7 Mio. ausgegeben. Im Jahre 2001 waren es immer noch 2'000 Kinder, für die man aber bereits CHF 45.7 Mio. ausgab. Dies sind Total CHF 4 Mio. oder pro Kind 10% mehr!

Ein Mitglied unserer Kommission möchte wissen, ob viele Umbuchungen vorgenommen wurden. Herr Dörflinger erklärt, dass ab und zu falsch gebuchte Geschäfte vorgekommen sind. Er beteuert aber, dass keine Umbuchungen getätigt wurden, um Budgetzahlen zu erfüllen. Jede Budgetabweichung muss mit einer Abweichungsbegründung versehen sein.

Betreffend „Inventarisierung“ wird uns dargelegt, dass die Stadt die Praxis hat, dass jede Investition über CHF 100'000.- bilanziert und abgeschrieben und somit auch in ein Inventar aufgenommen wird. Man weiss von Seiten der Stadt, dass bezüglich Vollständigkeit Defizite bestehen. Dem wird mit der Beschaffung einer neuen „Inventar“-Software Abhilfe geleistet.

### **C) Präsidualdepartement (VB S. 16 – 21, VR S. 12 sowie 18 – 22 und 60)**

Im Auftrag unserer Kommission befasste sich Werner Golder mit dem Präsidualdepartement. Einleitend erklärt Werner Golder zu den Zielen des Präsidualdepartements, dass bezüglich struktureller Besoldungsrevision der Ball beim Kanton liegt.

Punkt für Punkt geht Herr Golder mit der GPK die Seiten der Rechnung und des Berichts durch und erläutert, zu welchen Themen er beim Präsidualdepartement Fragen gestellt hat.

Bei den einzelnen Konti macht ein Kommissionsmitglied darauf aufmerksam, dass sich die Ausgaben beim Konto 109 310 03, Amtliche Publikationen, gegenüber der Rechnung 2000 mehr als verdoppelt haben. Er fordert ein energisches Zurückbuchstabieren. Der Controller Marcel Grepper führt dazu aus, dass von Seiten der Stadt besser und mehr informiert worden ist, was sicher die Zustimmung der Bevölkerung hat. Der Detaillierungsgrad hat zudem ebenfalls zugenommen.

Zur Kostenstelle 112, Stabstellen, wird erläutert, dass das Konto 319 00, Verschiedenes, derart angewachsen ist aufgrund der Tatsache, dass Rechtskonsulent Beat Moos keine Beurkundungen vornehmen kann und somit alles extern vergeben werden muss.

Das Konto 113 309 03, Inserate Personalsuche, beinhaltet den vom GGR gesprochenen Nachtragskredit von CHF 90'000.- (im Voranschlag war dieses Aufwandkonto nur mit CHF 80'000.- budgetiert). In diesem Zusammenhang wird von einem GPK Mitglied zu Recht bemängelt, dass hier von Seiten der Stadt ein Hinweis oder eine Begründung fehlt. Dies gilt im Übrigen für alle Nachtragskredite, die bei keinem Departement speziell erwähnt werden.

Der Stadtrat nimmt dieses Anliegen auf und verspricht für die nächste Rechnungsablegung eine Besserung.

Bezüglich Kostenstelle 114, Informatik, wird von Seiten des Stadtrats nochmals klar festgehalten, dass Investitionen in die Infrastruktur, wie z.B. in Glasfaser, über CHF 100'000.- aktiviert und abgeschrieben werden. Dazu gehört selbstverständlich eine Vorlage an den GGR. Ersatzanschaffungen werden im Rahmen der Kompetenzen des Stadtrates über die Laufende Rechnung verbucht.

In diesem Zusammenhang wird aus unseren Reihen bedauert, dass der ITK Bericht noch nicht vorliegt. Erneut wird gefordert, dass der Aufgabenbereich und die zeitgerechte Erstellung und Einbindung der Erkenntnisse der ITK besser geregelt werden müssen, damit der neue GGR diesbezüglich eine klare oder geklärte Situation vorfindet. Die GPK möchte diese Problematik auch vom Büro des GGR geklärt haben.

### **D) Finanzdepartement (VB S. 22 – 28; VR S. 13 sowie 23 – 30 und 60 – 61))**

Das von GPK-Mitglied Roland Neuner vorgeprüfte Finanzdepartement gibt nicht viel zu reden. Der Dank gilt hier Josef Pfulg, der für die im Vorfeld der Sitzung gestellten Fragen Red und Antwort stand.

Die Zunahme der Löhne beim Finanzamt, Konto 220 301 02, ist dadurch bedingt, dass der Versand wie auch die Entgegennahme der Steuererklärungen neu Aufgabe der Gemeinden ist.

Zu den Konti 250 380 00 und 480 00, Einlage resp. Entnahme Reserve für Schadensfälle, wird von einem GPK Mitglied angefragt, wie hoch der aktuelle Stand in dieser „Sonderkassa“ ist. Herr Pfulg weist darauf hin, dass diese „Sonderkassa“ mit einem GGR Beschluss abgesegnet und für grosse Schadensfälle gedacht ist. Der derzeitige Saldo dieser Reserve beträgt rund CHF 748'000.-.

Konto 269 318 07, Beratungen und Expertisen, beinhaltet CHF 75'000.- eines Nachtragskredites, das der GGR bewilligte. Hier fehlt wie oben dargelegt ein Hinweis. Dasselbe gilt bei Konto 273 314 01, Unterhalt Hochbauten. Hier wurden CHF 110'000.- nachträglich bewilligt.

Bezüglich Kostenstellen 280, gebundene Beiträge an soziale Institutionen, und 290, (nicht gebundene) Beiträge an soziale Institutionen, fragt ein Mitglied unserer Kommission an, ob man sich im Stadtrat auch schon Gedanken gemacht hat, dass nicht gebundene Beiträge eher in den Kompetenzbereich des Departements SGU gehören.

Herr Pfulg erklärt, dass man dies schon öfters diskutiert hat innerhalb der Verwaltung. Aktuell sind alle Beiträge im Finanzdepartement konzentriert. Mit der Einführung der Kostenrechnung wird man aber auch einen neuen Kontenplan in Betracht ziehen und eventuell dann die derzeitige Situation im Beitragswesen überdenken.

#### **E) Bildungsdepartement (VB S. 29 – 42; VR S. 14 sowie 31 – 40 und 61 – 62)**

Die Vorprüfung des städtischen Bildungsdepartements übernahm für unsere Kommission wiederum Marcel Wickart. Die verschieden Fragen vor allem bezüglich Aufwandsteigerung von über CHF 1 Mio. wurden von Herrn Vanza prompt via E-mail beantwortet.

Eine dieser Fragen, nämlich die bezüglich Stand der Dinge beim Schulentwickler, wird kurz thematisiert, obwohl sie eigentlich nicht in den Abschluss 2001 gehört. Es geht uns hier hauptsächlich um den Kostenbeitrag des Kantons, nämlich 50%, so wie das der GGR in seinem Beschluss zu dieser Stelle verankert hat. Da uns Markus Vanza, Leiter Schuladministration, und Rektor Roland Bosshart sowie Bildungspräsidentin Vreni Wicky etwas widersprüchliche Aussagen diesbezüglich machen, wird die GPK die Umsetzung dieses Geschäftes genau im Auge behalten.

Zur Laufenden Rechnung 2001 wird die erste Frage zum besorgniserregenden, enormen Anstieg der Ausgaben beim Konto 315 364 00, Beiträge an auswärtige Sonderschulen, gestellt. Insbesondere möchte ein GPK Mitglied Informationen zur gesetzlichen Grundlage für diese Ausgaben.

Herr Bosshart erläutert, dass ein Regierungsratsbeschluss die Rektorate ermächtigt, hier zu handeln. Aufgrund von psychologischen Gutachten werden Kinder in Sonderschulen geschickt. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass sich das Verhältnis von IV-

subventionierten zu nicht IV-subventionierten Kindern in letzter Zeit stark verschoben hat. Dies bewirkte auch den Ausgabenzuwachs. Die städtischen Schulen wollen dem mit Prävention entgegen.

Die von der ITK aufgeworfene Problematik bezüglich Möbilierung und Einrichtung eines Lehrerzimmers im Loreto wird uns von Herrn Vanza dargelegt. Er macht uns darauf aufmerksam, dass das Budget des Kontos 331 311 00 nicht überschritten wurde. Es handelt sich ausschliesslich um ein verwaltungsinternes Problem, war doch das Bildungsdepartement der Meinung, dass das Baudepartement dies Informatikaufwendungen budgetiert hatte, was jedoch nicht geschah.

Zum Sportamt wird - wie bereits zweimal oben - moniert, dass im Konto 395 314 02, Unterhalt Tiefbauten, unbedingt ein Vermerk gehört, dass neu die Sanierung des Mini-golfs (CHF 340'000.-) im Budget integriert worden ist, handelt es sich doch wiederum um einen Nachtragskredit.

Bezüglich Verwaltungsbericht wird angeregt, dass die sehr guten und detaillierten Statistiken in Zukunft auch auf die Lehrerschaft ausgedehnt werden sollten.

#### **F) Baudepartement (VB S. 43 – 50; VR S. 15 sowie 41 – 46 und 62 - 63)**

Die nähere Prüfung zum Baudepartement nahm unser Mitglied Ruedi Balsiger vor. Seine Vorprüfung gibt zu keinen speziellen Diskussionen oder Bemerkungen Anlass. Herr Balsiger bedankt sich ausdrücklich beim Departementssekretär Arthur Cantieni, der ein grosses Engagement bei der Beantwortung der verschiedenen Fragen zeigte. Generell ist zu erwähnen, dass es durch das neue Pricing im Werkhof in allen Departementen zu Verschiebungen gekommen ist.

Beim Konto 410 309 01, Fachausbildung, fällt auf, dass ein zu grosser Betrag veranschlagt wurde. Herr Cantieni erklärt, dass Verschiebungen zwischen Fachausbildungen und Weiterbildungen immer möglich und somit schwer zu budgetieren sind.

Die Höhe des Spezialfinanzierungsfonds für die Fernheizung, Konto 434 380 00, beträgt aktuell CHF 1.697 Mio.. Dieser Fonds wurde durch einen GGR Beschluss geöffnet.

Im Verwaltungsbericht werden die diversen Statistiken und Diagramme bezüglich Baubewilligungen sehr gelobt.

Bezüglich Schlussbericht zur Gestaltung des Schulhausplatzes Neustadt im Generellen und der Posten Spielgeräte im Speziellen kam es nach Ansicht der GPK zu Unkorrektheiten, resp. wurde der Auftrag schlicht und einfach nicht erfüllt. Da das Baudepartement, vertreten durch Peter Durisin, Stadtingenieur, und Arthur Cantieni, keine Stellung zu dieser Problematik nehmen können, wird von Seiten der GPK ein schriftlicher Bericht zu dieser Angelegenheit gefordert, was der Stadtpräsident auch entgegen nimmt..

### **G) Sicherheitsdepartement (VB S. 51 – 58; VR S. 16 sowie 47 – 55 und 63 - 64)**

Auch dieses Jahr nahm GPK-Mitglied U.B. Wyss im Auftrag der Kommission die Vorprüfung des Sicherheitsdepartements vor. Wiederum fällt in diesem Departement die hohe Budgetgenauigkeit auf. Überhaupt ist Herr Wyss mit der Zusammenarbeit sehr zufrieden.

Zu den Zielen wird ergänzt, dass der Zivilschutz nun Mitte dieses Jahres an den Kanton übergeht. In Zukunft wird der Unterhalt und die Überwachung auf Gemeindeebene bleiben. Dazu wird sicher ein Vollpensum auf der technischen Seite besetzt. Der Stelleninhaber wird jedoch auch in der Feuerwehr eingesetzt. Bezüglich administrativer Arbeiten wird das Arbeitsquantum erst noch zu eruieren sein.

In der Kostenstelle 525, Parkplatzbewirtschaftung, hat es aufgrund der Polizeifusion bereits weniger Einnahmen gegeben. Diese Tendenz dürfte sich fortsetzen. Lobenswert wird in diesem Zusammenhang erwähnt, dass das Sicherheitsdepartement von sich aus ein Controlling betreibt, welche polizeilichen Leistungen sich wie verändert haben seit der Fusion. Wöchentlich werden Probleme diskutiert. Bereits wurde erkannt, dass die Kontrollen im sogenannten „ruhenden Verkehr“ vernachlässigt wurden. Man möchte aber von Seiten der Stadt eine „Verwilderung“ der Parksitten verhindern. In diesem Zusammenhang wird ergänzt, dass Park- und Ordnungsbussen an den Kanton und nur Strafbefehlsgebühren an die Stadt gehen.

Einen weiteren Ausblick macht Departementsvorsteher Stadtrat H. Christen zur Kostenstelle 530, Zivilstandsamt. Gemäss dem zukünftigem Bundesgesetz werden sich Gemeinden zusammenschliessen müssen und so wird aller Voraussicht nach die Gemeinde Walchwil der Stadt Zug anschliessen. Ähnliches dürfte im Bereich der Schiessanlagen, Kostenstelle 585, geschehen. Auch dort soll sich Walchwil Zug anschliessen.

Neu bei der Einwohnerkontrolle, Kostenstelle 540, wird sein, dass die Gemeinden für die Passausgaben betraut werden, was eine zusätzliche Stelle, aber auch zusätzliche Einnahmen ergeben werden.

Gelobt wird bei der Kostenstelle 570, Feuerwehr, dass fast ein ganzes Jahr versucht wurde, mit einer Person weniger auszukommen, nachdem eine Stelle frei geworden war. Erst am Ende des Jahres wurde die Beanspruchung so gross, dass die Stelle wieder besetzt werden musste.

### **H) Departement Soziales, Gesundheit und Umwelt SGU (VB S. 59 – 70; VR S. 17 sowie 56 – 59 und 64)**

Schliesslich nahm sich auch in diesem Jahr Rosvita Corrodi dem SGU-Departement an. Leider ist Stadtrat Eusebius Spescha krankheitshalber nicht anwesend. Seine Stellvertretung übernimmt Lina-Maria Staub, die Departementssekretärin. Die verschiedenen Fragen an das Departement wurden im Vorfeld unserer Sitzung schriftlich beantwortet.

Trotz Mangel an Notzimmern/ Notwohnungen – es wurden teilweise Personen ausserhalb des Kantons platziert – wurden im Konto 620 366 02, Notzimmer, ein Betrag von

über CHF 20'000.- aufgewendet. Dies hat damit zu tun, dass das Liegenschaftsamt für das Sozialamt drei Wohnungen gemietet hat und die Miete über dieses Konto beglichen worden ist. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass ab 1. April 2002 vom Sozialamt sieben neue Notzimmer an der Zeughausgasse 11 übernommen wurden.

Zu Konto 628 364 00, Alimenteninkassostelle, wird kritisiert, dass die Rückerstattungen zu wenig energisch zurückgefordert wurden. Dies hat sich laut Frau Staub bereits gebessert und wird sich weiter verbessern. Offenbar bestanden in der Frauenzentrale, die für die Rückforderung zuständig war, aufgrund von zu wenig Stellen Ungereimtheiten.

Nicht beantwortet und entsprechend nachgeliefert wird die Antwort auf die Frage warum im Konto 665 391 00, Werkhof; Verrechnete Leistungen, zuwenig budgetiert worden ist, obwohl bekannt war, dass die Aufwendungen im Jahre 2000 CHF 900'000.- betragen haben.

Sehr gelobt wird der Verwaltungsbericht des SGU Departements mit sehr ausführlichen und sachkundigen Beiträgen und Statistiken.

Zum Schluss wird angeregt, dass die Zeitschrift „Zytlos“ nicht nur an Personen ab Alter 65 geschickt wird, gibt es doch darin Kurse, die bereits ab 60 angeboten werden.

#### **4. Zusammenfassung und Schlussbemerkungen**

Unsere Kommission hat sich auch in diesem Jahr intensiv und detailliert mit der Jahresrechnung, eines ihrer zwei jährlichen Hauptgeschäfte, auseinandergesetzt und die dem GGR zur Abnahme unterbreiteten Unterlagen (Rechnung und Verwaltungsbericht 2001) eingehend geprüft. Unsere Prüfung konzentrierte sich auf die gedruckte Rechnung und den geschriebenen Text. Die dahinterstehende Buchhaltungsprüfung sowie die rechnerische Kontrolle (inklusive Stickproben bei den Buchungsbelegen) wurde durch die RPK ausgeführt.

Zusammenfassend hält die GPK des Grossen Gemeinderates der Stadt Zug in Ausübung ihrer Aufsichtspflicht über den Stadtrat und die Stadtverwaltung folgendes fest:

1. Allen Angestellten der Stadt Zug, den Lehrpersonen sowie dem Stadtrat gebührt für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit unser aufrichtiger Dank.
2. Soweit von unserer Seite her überhaupt bzw. im Rahmen der diesjährigen Arbeit überprüf- und feststellbar, übten der Stadtrat von Zug und die ihm unterstellte Stadtverwaltung im Jahre 2001 die ihnen zustehenden Aufgaben ordnungsgemäss aus.
3. Auch dieses Jahr präsentiert sich die Finanzlage der Stadt Zug dank einem weiteren positiven Jahresabschluss per Ende 2001 ausgezeichnet. Der Selbstfinanzierungsgrad reduzierte sich gegenüber vom Vorjahr von 96% auf 75%, was immer noch als gut bezeichnet werden kann. Es muss jedoch ein primäres Ziel der Stadt sein, das Niveau des Selbstfinanzierungsgrades nicht absinken zu lassen, sondern wieder zu verbessern.

4. Erfreulich ist die Tatsache, dass der effektive Aufwand gegenüber dem Voranschlag 2001 geringer ausgefallen ist. Die Stadt muss auch weiterhin die Aufwandspositionen im Auge behalten.

#### **5. Beschlussesentwurf**

Wie letztes Jahr wird trotz vorliegenden Revisionsberichten zu den einzelnen Verpflichtungskrediten und der Aufstellung auf Seite 65 der Rechnung seitens eines GPK-Mitgliedes der Antrag gestellt, darauf zu beharren und für separate Berichte und Anträge des Stadtrates an den GGR im Sinne von § 28 FHG zu plädieren. Dieser Antrag wird mit 5:1 Stimmen abgelehnt, da sich eine Mehrheit der GPK gut dokumentiert fühlt.

Aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Unterlagen, in Kenntnis des einschlägigen Berichtes und Antrages des Stadtrates vom 26. März 2002, nach eintägiger, sachlicher und konzentriert geührter Diskussion sowie unter explizitem Hinweis auf die vorstehenden Ausführungen und Erwägungen bzw. das Sitzungsprotokoll stellen wir Ihnen, sehr geehrter Damen und Herren, den nachfolgenden

#### **6. Antrag**

„Auf die Vorlage Nr. 1650 sei einzutreten, und es seien

1. Die Verwaltungsrechnung 2001 sowie
2. Die Abrechnungen der in der Jahresrechnung auf Seite 65 aufgeführten sieben Verpflichtungskredite mit einem Gesamtkredit von CHF 24'772'473.90 zu genehmigen sowie
3. Dem gesamten Personal der Einwohnergemeinde Zug, sämtlichen Lehrerinnen und Lehrern, dem Stadtrat und dem Stadtschreiber für ihre im Dienste der Stadt Zug geleistete Arbeit unser grossen Dank auszusprechen.

Zug, 28. Mai 2002

Für die Geschäftsprüfungskommission  
Stefan Ulrich, Kommissionspräsident